

Schmerz einer jungen Frau beim Begräbnis eines Kommandeurs der Kosovo-Befreiungsarmee in Izbica.

AP

Gespräch mit Außenminister Fischer in Gaza

Arafat will über Staatsgründung noch beraten

Verkündung der palästinensischen Unabhängigkeit am 4. Mai fraglich

jj **Gaza** (Eigener Bericht) – Jassir Arafat, der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, scheint die Ankündigung zurückzunehmen, am 4. Mai einseitig einen Palästinenserstaat auszurufen. Dies wurde bei der Pressekonferenz in der Nacht zu Freitag deutlich, die Arafat zusammen mit dem deutschen Außenminister Joschka Fischer in Gaza abhielt. Auf die Frage, welche Absichten er gegenüber Fischer in dieser Frage kundgetan hatte, antwortete Arafat: „Wir werden die Diskussionen fortführen.“ Kurz zuvor hatte Fischer noch einmal die deutsche Ablehnung einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung betont.

„Unsere Position“, so Fischer, „ist die volle Implementierung des Wye-Abkommens.“ Dies bedeute, daß sich beide Seiten an die im Oktober geschlossenen Verpflichtungen zu halten hätten und den Friedensprozeß nicht mit einseitigen Schritten gefährden dürften. Fischer verneinte, daß er in dieser Frage Druck auf Arafat ausgeübt habe: „Weder Arafat noch der israelische Premier Netanjahu werden sich durch mich oder irgend je-

manden unter Druck setzen lassen.“ Freilich ließ Fischer erkennen, daß er die ablehnende Haltung der Bundesregierung gegenüber Arafat mit Nachdruck artikuliert habe: „Wir wollen, daß der kooperative Erfolg (des Friedensprozesses) weitergeführt wird.“ Weiter sagte er: „Einen Rückfall in die Konfrontation können beide Seiten nicht wollen, genausowenig wie die Staatengemeinschaft.“

Während der Pressekonferenz kam es zu einem Wortwechsel zwischen Arafat und einem deutschen, in Israel ansässigen Korrespondenten, der zeigte, daß der Palästinenser-Präsident nicht immer auf dem neuesten Stand der Information war. Ein palästinensischer Journalist hatte ihm die Frage gestellt, was er denn von dem Mord an einer Palästinenserin in Ost-Jerusalem halte, der gerüchteweise einem jüdischen Extremisten zugeschrieben worden war. Arafat antwortete routinemäßig: „Ein trauriger Fall. Er tut einem sehr weh. Es geht auch häufig weiter – bis zur Schändung unserer Heiligtümer.“ Der deutsche Korrespondent unterbrach ihn: „Der Mörder war

ein Palästinenser.“ Um Arafat aus der Verlegenheit zu helfen, wollte ein anderer palästinensischer Journalist von Fischer wissen, was er zu tun gedenke, damit Israel nicht mehr das Wye-Abkommen blockiere. Fischer antwortete, daß sich Israel zwar im Wahlkampf befinde, aber auch in einem solchen Moment weiter der „Weg des Gesprächs, der Verhandlung und der Überzeugung“ beschritten werden müsse. Zuvor hatte Premier Benjamin Netanjahu versucht, die Verstimmung wegen der Absage eines Treffens von Fischer mit Israels Außenminister Ariel Scharon auszuräumen. „Fischers Erklärungen in Israel waren sehr, sehr positiv und haben einen guten Ausdruck hinterlassen“, sagte Netanjahu.

Rund 600 Palästinenser stürmten mit den Fahnen der radikal-islamischen Hamas-Bewegung den Sitz der Polizei in Jericho, um die Freilassung von Gefangenen zu erzwingen. In Jericho sind fünf Palästinenser, darunter vier Hamas-Mitglieder, inhaftiert, die seit rund zwei Wochen mit einem Hungerstreik ihre Freilassung erreichen wollen.